



Angemessene Renten

Seite 6

Inhalt

Öffnungszeiten & Kontakt

Seite 3

Hexcel in Welkenraedt vor dem Aus

Seite 4

Was ändert sich ab Januar 2025?

Seite 5

Rückkehr des Rentenbonus

Seiten 6-7

Recht auf angemessene Renten

Seiten 8-9

Gewerkschaftsprämien 2024-2025

Seiten 10-11

Meldungen

Seiten 12-15

Jahresrückblick Teil 2

Seite 16

Meldungen

Impressum

Verantwortlicher Herausgeber:

Jean-Marc Namotte,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

Redaktion:

Vera Hilt	Claudine Legros
Liliane Louges	Angela Mertes
Jochen Mettlen	Mike Mettlen
Marylène Weynand	

Layout: Jessica Halmes

Druck:

Kliemo A.G.
Hütte 53, 4700 Eupen

Anschrift der Redaktion:

CSC Info,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers
087/85 99 59
pressedienst@acv-csc.be

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

CSC Eupen

Sprechstunden: dienstags und donnerstags 8.30 - 11.45 Uhr
csc.chomage.eupen@acv-csc.be

CSC St.Vith

Sprechstunden: montags 8.30 - 11.45 Uhr
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

JURISTISCHE ERSTBERATUNG

Für jede Frage bezüglich Arbeitsrecht (Kündigung, Vertrag, Urlaub,...) kontaktieren Sie unsere juristische Erstberatung **per Telefon oder Mail**

Montags bis donnerstags 8.30 - 12.30 Uhr und 13.30 - 16 Uhr
Freitags 8.30 - 12 Uhr

087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

JURISTISCHER BEISTAND

Für jeden juristischen Beistand oder für eine laufende Akte kontaktieren Sie unseren juristischen Dienst:

CSC Eupen

Sprechstunden: donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

CSC St. Vith

Sprechstunden: dienstags auf Termin
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

OFFENE SPRECHSTUNDE

CSC Eupen Montags 8.30 - 11.45 Uhr

GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

CSC St.Vith: dienstags auf Termin

087/85 99 33 • grenzganger.luxemburg@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

CSC Eupen: auf Termin

087/85 99 49 • grenzganger.deutschland@acv-csc.be



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien

Hexcel in Welkenraedt steht vor dem Aus

Das Hexcel-Werk in Welkenraedt soll geschlossen und die 109 Mitarbeiter entlassen werden. Das teilte das Unternehmen dem Personal vergangene Woche mit. Nach mehreren Restrukturierungen in den letzten Jahren würde dies das definitive Aus des Traditionsbetriebs im Gewerbegebiet von Welkenraedt bedeuten. Für die Belegschaft kommt die Entscheidung völlig überraschend.

Copeland und jetzt Hexcel. In Welkenraedt jagt eine Hiobsbotschaft die andere. Anfang September hatte Copeland angekündigt, das Werk zu schließen und 227 Mitarbeitern zu kündigen. Jetzt droht Hexcel das definitive Aus. Der europäische Finanzchef und der Operation-Manager überbrachten die schlechte Nachricht, die auch die Direktion vor Ort total überraschte.

109 Mitarbeiter sollen entlassen werden

„Das Werk soll dicht gemacht und die 109 Mitarbeiter entlassen werden. Hexcel begründet diesen Schritt mit schwierigen Marktbedingungen. Die Suche nach neuen Projekten gestaltet sich schwierig und der Standort Welkenraedt sei kostenintensiv“, erklärt CNE-Gewerkschaftssekretärin Vera Hilt. „Auch bei Hexcel handelt es sich um einen Betrieb, der keine Verluste

macht. Im Gegenteil, es müssen noch mehr Gewinne eingefahren werden. Es stimmt aber auch, dass die Kunden ständig versuchen, die Preise zu drücken. Und das macht eine Produktion in Europa immer schwieriger.“

„Mit einer Restrukturierung habe ich gerechnet, aber nicht mit einer Schließung“, fügt Eric Dumonceaux hinzu, langjähriger CSC-Hauptdelegierter bei Hexel in Welkenraedt. „2024 war ein gutes Jahr, wir haben schwarze Zahlen geschrieben. Weil die Prognosen für 2025 schlechter ausfielen, wurde Kurzarbeit eingeführt. Und nur ein paar Tage später kündigt man uns die Schließung an. Das ist ein Schock für die Belegschaft. Die Produktion sollen andere Standorte übernehmen, es ist u.a. von Marokko die Rede.“



„MIT EINER
RESTRUKTURIERUNG
HABE ICH
GERECHNET, ABER
NICHT MIT EINER
SCHLIESSUNG.“

Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, den Standort und einen Teil der Arbeitsplätze vielleicht doch noch retten zu können.“

Hexcel Welkenraedt, das Wabenkonstruktionen für die Luftfahrt-, Verteidigungs- und Industriebranche produziert, kannte mehrere Entlassungswellen, zuletzt 2018 und 2020. Jetzt soll in wenigen Monaten definitiv Schluss sein, ein Abschied auf Raten. Für die Region ein weiterer Schlag. Die Werke von Copeland und Hexcel liegen schräg gegenüber und innerhalb von vier Monaten wird die Schließung der beiden Standorte und der Verlust von insgesamt 336 Arbeitsplätzen angekündigt. Ein frohes neues Jahr haben sich die Betroffenen ganz anders vorgestellt.

Eric Dumonceaux, CSC-Hauptdelegierter bei Hexcel in Welkenraedt



Renault-Prozedur

Eine totale Nebenrolle bei diesem Finanz- und Gewinngebaren spielt das hochqualifizierte, äußerst erfahrene und motivierte Personal in Welkenraedt. Produktionen werden einfach ausgelagert, um die Gewinnmargen zu optimieren, Qualitätsverluste miteinkalkuliert. „Jetzt wird die Renault-Prozedur eingeleitet. Wir werden das Ganze in Ruhe analysieren und versuchen, das Beste für die Belegschaft herauszuholen“, sagt Vera Hilt. Dem kann Eric Dumonceaux nur beipflichten: „Wir werden kämpfen und versuchen, das Meiste herauszuholen.“



Was ändert sich ab Januar 2025?



Jedes Jahr treten mit dem Jahreswechsel neue Tarife und Regelungen in Kraft. Hier ein Überblick über einige wichtige Maßnahmen.

Lohnindexierung

In vielen Sektoren werden die Löhne im Januar indiziert, so z.B. in der Lebensmittelindustrie (PK 118 und 220), im Gaststättengewerbe (PK 302), für Angestellte (PK 200) sowie im Straßentransport und in der Logistik für Rechnung Dritter (PK 140.03). Diese Indexierung betrifft mehr als eine Million Arbeitnehmer.

eC3.2 wird Pflicht für (fast) alle Arbeitnehmer

Die Kontrollkarte für zeitweilige Arbeitslosigkeit gibt es künftig nur noch digital (eC3.2). Die Papierversion verschwindet. Die Karte kann über die App eC3.2 (im Google Play Store oder im App Store) oder über das Portal der sozialen Sicherheit (www.socialsecurity.be) ausgefüllt werden.

Mehr Infos zur elektronischen Kontrollkarte finden Sie in unserer CSC-Info-Ausgabe 23 vom 6. Dezember 2024 sowie auf www.diecsc.be/diekurzarbeit

Rente mit 66

Am 1. Januar 2025 steigt das gesetzliche Rentenalter für alle, die ab dem 1. Januar 1960 geboren sind, von 65 auf 66 Jahre. Die Anhebung des Rentenalters hat auch Auswirkungen auf die Beschäftigung am Ende der Berufslaufbahn. Arbeitnehmer, die bis 66 Jahre weiterarbeiten, werden in der Regel bis zu diesem Alter in einer Beschäftigung am Laufbahnende bleiben wollen. Im Prinzip ist dies kein Problem, es sei denn, Sie haben in dem Antragsformular für eine Beschäftigung am Laufbahnende, das Sie beim LfA eingereicht haben, Ihren 65. Geburtstag als Enddatum angegeben. Das LfA dürfte in dieser Hinsicht flexibel sein,

aber Sie sollten sich an Ihr örtliches Büro wenden, um Ihre Beschäftigung am Laufbahnende zu verlängern.

Verschärfte Bedingungen für Mindestrente

Die deutliche Erhöhung der Mindestrente (15 % in vier Jahren, zusätzlich zur Indexierung) war einer der größten Fortschritte, den die scheidende Föderalregierung erzielt hat. Aber die Medaille hat eine Kehrseite: Ab dem 1. Januar werden die Bedingungen für den Zugang zur angepassten Mindestrente verschärft, indem eine neue Bedingung hinzugefügt wird, nämlich mindestens 20 Jahre „effektiver Arbeit“. Traditionell gleichgestellte Zeiten, wie der Zeittredit zur Betreuung seiner Kinder oder Arbeitsunfähigkeit, werden nicht länger als effektive Arbeit angerechnet.

Acht Organisationen, darunter die CSC, haben das Verfassungsgericht angerufen, um diese strengeren Zugangsbedingungen anzufechten. Sie reichten einen Antrag auf Aufhebung ein, der sich speziell auf die zusätzliche Bedingung von 20 Jahren „effektiver Arbeit“ bezieht.

Zusatzrenten: mindestens 2,5 % Rendite

Das Gesetz über Zusatzrenten legt fest, dass Arbeitnehmer Anspruch auf eine garantierte Rendite haben. Seit dem 1. Januar 2025 beträgt diese 2,50 % statt bisher 1,75 %.

Firmenwagen

Ab 2025 wird die steuerliche Absetzbarkeit von Firmenwagen mit Benzin- oder Dieselmotor auf 75 % gesenkt. In den Folgejahren werden jeweils weitere 25 % abgezogen, sodass diese Fahrzeuge 2028 nicht mehr steuerlich absetzbar sein werden. Elektrofahrzeuge, die vor dem 1. Januar 2027 bestellt werden, bleiben bis auf weiteres voll absetzbar.

Schließung

Ab dem 1. Januar 2025 werden die Schließungsbeihilfe und das Übergangsgeld gemäß dem Königlichen Erlass vom 9. Juli 2024 auf den nicht-kommerziellen Sektor ausgedehnt.

Kettenhaftung

Ab dem 1. Januar 2025 sind die Unternehmen verpflichtet, von ihren direkten Zulieferern Dokumente zu verlangen, wenn diese Drittstaatsangehörige beschäftigen. Diese Dokumente müssen für die Sozialinspektion bereitgehalten werden. Im Falle illegaler Beschäftigung haftet der (Haupt-)Unternehmer mit.

Registrierungsgebühren

Am 1. Januar 2025 werden die Registrierungsgebühren für den Erwerb des ersten Eigenheims auf 3 Prozent gesenkt.

Studentenjobs

Ab dem 1. Januar 2025 dürfen Studenten nur noch 475 Stunden pro Jahr als Hilfskraft arbeiten anstatt 600 Stunden in den Jahren 2023 und 2024.

Rückkehr des Rentenbonus

Die Regierung hat zum 1. Januar 2025 den Rentenbonus erneut eingeführt, um Arbeitnehmer dazu zu bewegen, länger als ihren frühestmöglichen Renteneintritt zu arbeiten. Diese Maßnahme ist für diejenigen, die sie in Anspruch nehmen, interessant, aber nicht wirklich allen zugänglich.

Der Rentenbonus ist ein Zuschlag zur gesetzlichen Rente, der zwischen 2007 und 2015 eingeführt worden war. Dadurch wollte die Regierung die Arbeitnehmer dazu bewegen, länger zu arbeiten. Er ist für Personen im Rentenalter gedacht, die sich dafür entscheiden, ihre berufliche Laufbahn zu verlängern.

Modalitäten

Um Anspruch auf den Rentenbonus zu haben, muss die Rente frühestens am 1. Januar 2025 beginnen und man muss nach dem frühestmöglichen Renteneintritt weiterarbeiten. Der Bezugszeitraum beginnt entweder mit dem Zeitpunkt, an dem die Bedingungen für den Vorruhestand erfüllt sind, oder mit dem gesetzlichen Rentenalter (66 Jahre im Jahr 2025, 67 Jahre ab 2030). Personen, die diese Bedingungen erfüllen, können den Rentenbonus maximal drei Jahre lang in Anspruch nehmen. Je länger sie weiterarbeiten, desto höher ist der Rentenbonus.

Die Höhe des Bonus hängt von der Anzahl der Berufsjahre ab, die auf das früheste Renteneintrittsdatum angerechnet werden.

	Rentenbonus für „normale Laufbahn“ *	Erhöhter Rentenbonus für „lange Laufbahn“ *
	Weniger als 43 Berufsjahre	Mindestens 43 Berufsjahre
1. Jahr	3.928 € netto	11.783 € netto
2. Jahr	7.855 € netto	11.783 € netto
3. Jahr	11.783 € netto	11.783 € netto
Nach max. 3 Jahren	23.565 € netto	35.348 € netto

* Beträge Index Mai 2024 – Die aktualisierten Beträge finden Sie auf www.pensionsbonus.be

Bei Teilzeitarbeit wird der Rentenbonus anteilig zum Prozentsatz der Teilzeitbeschäftigung berechnet. Das Gesetz sieht eine Obergrenze für den Bonus vor. Die Summe der Renten (gesetzliche Rente und Zusatzrente der zweiten Säule) und des Rentenbonus darf 8.129,08 Euro brutto pro Monat nicht überschreiten. Der Bonus, der in einem Betrag oder in monatlichen Überweisungen ausgezahlt wird, ist steuer- und sozialabgabenfrei.

Die folgenden Tage werden für den Rentenbonus berücksichtigt:

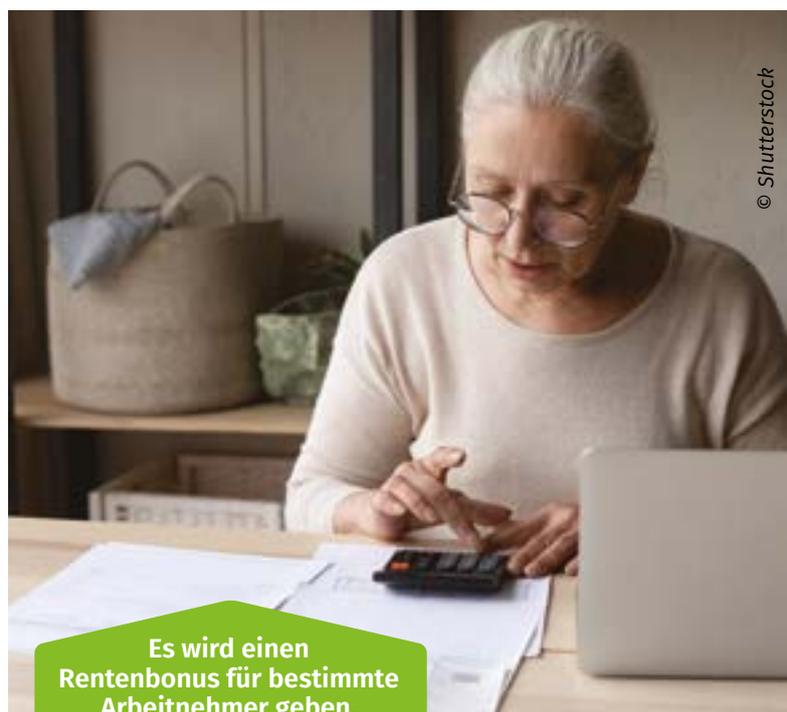
- Tatsächlich geleistete Tage, für die ein Lohn gezahlt wird, wie Urlaubstage, Feiertage oder Arbeitstage im Rahmen eines Flexi-Jobs.
- Gleichgestellte Tage mit einem Maximum von 30 Tagen pro Jahr, wie z.B. thematischer Urlaub oder unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Ausnahme: Tage einer Laufbahnunterbrechung, eines Zeitkredits, eines Zeitkredits zur Pflege oder Betreuung oder noch eine Beschäftigung am Laufbahnende, werden nicht berücksichtigt.

Der Rentenbonus wird automatisch gewährt, ohne dass ein Antrag gestellt werden muss.

Die CSC ist skeptisch

Der Rentenbonus erhöht zwar die Rente für diejenigen, die ihn erhalten. Aber die CSC war immer skeptisch, weil dieses System nicht für jeden Arbeitnehmer zugänglich ist. Es schafft einen Mitnahmeeffekt für Arbeitnehmer, die ohnehin länger gearbeitet hätten. Aber diejenigen, die eine Berufslaufbahn in Funktionen haben, die die Kriterien schwerer Arbeit erfüllen, erhalten ihn nicht, weil sie schon vor dem Vorruhestand aufhören zu arbeiten. Schließlich sind Frauen von dieser Maßnahme kaum betroffen. Angesichts der Kosten hat die CSC stets befürwortet, diese Gelder zur Korrektur anderer Ungleichheiten zu verwenden, wie z.B. der Auswirkungen von Teilzeitarbeit auf die Höhe der Renten.

Ab wann Sie den Rentenbonus beanspruchen können und ob Sie eine vollständige Laufbahn haben, können Sie nachschlagen auf www.mypension.be.



© Shutterstock

„Dass jeder Mensch Recht auf eine angemessene Rente hat, hört man fast nie“

In seiner Note zur Regierungsbildung schlägt Bart De Wever vor, drei Milliarden Euro bei den Renten einzusparen. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt er vor allem auf die Renten von Beamten und Lohnempfängern. Wir sprachen mit Anne Léonard, der für die Renten zuständigen Nationalsekretärin der CSC, und Ilse Heylen, der Vorsitzenden der CSC Öffentliche Dienste, um ihre Meinung zu den Plänen der Verhandlungsführer in Bezug auf die Arizona-Renten zu hören.

Sind die Renten von Lohnempfängern und Beamten besonders betroffen?

Anne Léonard: Zuallererst ist es wichtig zu erwähnen, dass viele Menschen eine gemischte Berufslaufbahn aufweisen. Die Situation ist nicht so einfach, wie es scheint. Jeder berufliche Werdegang ist einzigartig. Der neue Vorschlag in der Note, der eine Voraussetzung von 35 Jahren „tatsächlicher Beschäftigung“ vorschreibt, wird jedoch besonders die Renten von Lohnempfängern und Beamten betreffen. Die gleichgestellten Zeiten für Lohnempfänger werden erheblich eingeschränkt. Selbstständige hingegen sind weitaus weniger betroffen: Sobald der Mindestbeitrag gezahlt wurde, wird das gesamte Quartal automatisch als tatsächliche Beschäftigung angerechnet. In den letzten zehn Jahren sind die Renten von Selbstständigen erheblich gestiegen, was sie auch verdienen, aber ohne dass ihr Beitrag zum Rentensystem entsprechend gestiegen wäre. Die öffentliche Hand trägt im Verhältnis viel mehr zur sozialen Sicherheit der Selbstständigen bei als zur sozialen Sicherheit der Lohnempfänger.

Ilse Heylen: Neben Maßnahmen, die das Rentenalter anheben und uns dazu bringen sollen, länger zu arbeiten, will man nun auch die Renten nach unten angleichen. Die Beamtenrenten würden nicht mehr auf der Grundlage der letzten zehn Jahre der beruflichen Laufbahn berechnet, sondern auf der Grundlage der gesamten Laufbahn. Diese neue Berechnung würde zu einer erheblichen Kürzung vieler Beamtenrenten führen. Fest angestellte Beamte erhalten im Durchschnitt tatsächlich eine gute Rente. Aber man darf nicht vergessen, dass ein Teil dieser Rente ein zeitversetztes Gehalt ist. Studien belegen, dass Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor weniger verdienen als ihre Kollegen im Privatsektor mit ähnlichen Profilen. Der kürzlich in der Zeitung „Het Laatste Nieuws“ erschienene Artikel zu diesem Thema enthielt Fehlinformationen. Beamte erhalten weder eine Zusatzrente noch



DIE MEISTEN RENTNER KOMMEN MIT IHRER GESETZLICHEN RENTE KAUM ÜBER DIE RUNDEN, EGAL WELCHEM RENTENSYSTEM SIE ANGEHÖREN.



© Maarten De Bouw

Anne Léonard (links) und Ilse Heylen haben die Rentenpläne der Arizona-Parteien analysiert.

andere außergesetzliche Leistungen, von denen einige Arbeitnehmer im Privatsektor profitieren. Wenn die erste Säule der Beamtenrenten gekürzt wird, wie soll das kompensiert werden? Ich finde es abwegig, dass man offenbar darauf abzielt, das System zu prekarisieren.

Anne Léonard: Einige politische Parteien und Medien sind der Ansicht, dass es den Beamten aufgrund ihrer guten Rente finanziell gut geht, während dies bei Arbeitnehmern weniger der Fall ist. Dieser Gegensatz führt zu Spaltungen. Es ist positiv, dieses Interview gemeinsam zu führen, denn wir sitzen alle im selben Boot.

Sind die Rentenreformen unausgewogen? Was stört Sie?

Anne Léonard: Das Renteneintrittsalter wurde angehoben, aber die Regierung kommt in der Frage der schweren Berufe nicht voran. Die Bedingungen für Maßnahmen am Laufbahnende werden immer strenger. Es gibt kaum Fortschritte in Bezug auf machbare Arbeit und Prävention. Die Arbeitgeber werden kaum oder gar nicht in die Pflicht genommen, während inzwischen mehr als 500.000 Menschen langzeitkrank sind. Mich stört auch, dass die Verschärfung der Bedingungen für den Zugang zur Mindestrente nicht geschlechtsneutral ist. Oft sind es Frauen, die Teilzeit arbeiten oder sich eine Auszeit nehmen, um Pflegeaufgaben zu übernehmen. Folglich werden sie mit einer niedrigeren Rente bestraft. Auch der erschwerte Zugang zur Hinterbliebenenrente betrifft hauptsächlich oder sogar ausschließlich Frauen. Es ist von entscheidender

der Bedeutung, dass die Gleichstellung der Geschlechter bei allen Maßnahmen berücksichtigt wird.

Ilse Heylen: Mich stört, dass Politiker und Meinungsmacher immer von „dem Beamten“ sprechen, als ob es sich dabei um eine einheitliche Einheit handeln würde. Aber „den Beamten“ gibt es nicht. Auch im öffentlichen Sektor arbeiten viele Menschen im Schichtdienst oder in Außendiensten, oft unter schwierigen Bedingungen, mit zu wenig Mitarbeitern und Mitteln. Denken Sie an Menschen, die in der Pflege arbeiten, an Rettungssanitäter, Inspektionsdienste, Müllmänner, Feuerwehrleute, Eisenbahner und so weiter. Diese Jobs kann man unmöglich bis 67 Jahre ausüben, und es gibt wenig Spielraum für eine berufliche Neuorientierung. Die CSC Öffentliche Dienste führt derzeit eine Kampagne mit dem Titel „Öffentliche Dienste sind unverzichtbar“ durch. Die öffentliche Hand muss sich bemühen, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Angesichts der Infragestellung von Rechten und des negativen Bildes, das von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verbreitet wird, wird es schwierig, neue Talente



DIE DERZEITIGE POLITIK SETZT VOR ALLEM AUF DIE PEITSCHEN UND NICHT AUF ZUCKERBROT.

anzuziehen. Es ist von entscheidender Bedeutung, sich auf die Machbarkeit der Arbeit während der gesamten Laufbahn zu konzentrieren und die Arbeitsbedingungen an die individuellen Bedürfnisse jedes einzelnen Arbeitnehmers anzupassen. Die derzeitige Politik setzt hauptsächlich auf Peitsche statt Zuckerbrot, mit vielen Minuspunkten und wenigen Pluspunkten, ohne die spezifischen Situationen zu berücksichtigen.

Die Frage, ob die Renten für alle angemessen sind, wird nicht behandelt, oder?

Anne Léonard: Nein, bedauerlicherweise hört man in der ganzen Diskussion über die Rentenreform fast nie, dass jeder Recht auf eine anständige gesetzliche Rente haben sollte. Und ich spreche nicht nur von Mindestrenten. Die meisten Rentner kommen mit ihrer gesetzlichen Rente kaum über die Runden, egal welchem Rentensystem sie angehören. Das ist ungerecht. Wir werden uns weiterhin für angemessene Renten einsetzen.

30.000 Demonstranten fordern anständige Renten

Mehr als 30.000 Menschen demonstrierten am 13. Januar in Brüssel für anständige Renten und haben damit ein starkes Zeichen an die Arizona-Parteien gesandt.

Regierungsbildner De Wever will drei Milliarden bei den Renten einsparen, ein Frontalangriff auf die Renten der Arbeitnehmer und ein noch nie dagewesener Rückschritt für das Pensionssystem des öffentlichen Dienstes. Die Kundgebung war sehr „grün“, es waren sehr viele CSC-Mitglieder vor Ort, darunter auch viele Ostbelgier.

Die Demo vereinte zahlreiche Berufsgruppen, darunter Unterrichtswesen, Feuerwehr, Polizei, Armee und Dienstleistungssektor. Unter den Demonstranten waren auffallend viele Lehrkräfte aus Flandern. In vielen Schulen, auch in Ostbelgien, fiel der Unterricht aus. Gestreikt wurde auch bei der Bahn und im öffentlichen Personennahverkehr (TEC und

STIB). An den Flughäfen von Brüssel und Charleroi fielen zahlreiche Flüge aus. „Ich hoffe, die Verhandlungsführer sind jetzt aufgewacht“, erklärt die CSC-Vorsitzende Ann Vermorgen. Für den 13. Februar ist eine weitere Großkundgebung geplant, bei der die öffentlichen Dienste im Mittelpunkt stehen. Ein Generalstreik ist an diesem Tag aber auch nicht ausgeschlossen. Wir halten Sie auf dem Laufenden.



Viele Mitglieder der CSC Ostbelgien haben für anständige Renten demonstriert.





Gewerkschaftsprämien 2024-2025

Sektor / Betriebe	Betrag	Auszahlung	Referenzjahr, Mitgliedschaft	Bedingungen / Bemerkungen
CSC METEA				
PK 104 Metall Metallbetriebe, Kfz-Werkstätten, Elektrobetriebe, Metallhandel	145 Euro	Ab November	CSC-Mitglied und beitragsmäßig in Ordnung sein	Alle Mitglieder von METEA erhalten die Prämie, auch Grenzgänger nach Deutschland oder Luxemburg. Pro-rata-Zahlung bei Krankheit, Teilzeitarbeit, usw.
PK 110 Textilpflege	145 Euro	Ab Oktober	Im Betrieb und CSC-Mitglied seit 30.06.	Formulare werden ab Ende August zugesandt.
PK 120.01 Textilindustrie	145 Euro	Ab Dezember	Januar - Dezember (pro rata falls weniger Monate)	
PK 109 Konfektion	145 Euro	Ab Dezember	Im Betrieb und CSC-Mitglied seit 30.06.	
CSC NAHRUNG & DIENSTE				
PK 105.02 Freies subventioniertes Unterrichtswesen	90 Euro	Zwischen 01.02. & 31.05.	1.01. - 31.12.	Wird vor dem 1. Februar durch den Arbeitgeber ausgehändigt.
PK 118 Nahrungsmittelindustrie	145 Euro	Ab November	1.10. - 30.09. Prämie im Verhältnis zur Mitgliedschaft	Der Sozialfonds schickt das Formular ab dem 22. März. Ausgefüllt bei der CSC abgeben. Automatische Zahlung.
PK 119 Lebensmittelhandel	145 Euro	Ab April	1.04. - 31.03. Prämie im Verhältnis zur Mitgliedschaft	Der Sozialfonds schickt das Formular den Arbeitnehmern, die nicht automatisch bezahlt werden, ab Ende Oktober. Ausgefüllt bei der CSC abgeben.
PK 121 Reinigung	145 Euro	Ab Dezember	1.07. - 30.06. 1/12 pro Monat Mitgliedschaft	Der Sozialfonds schickt das Formular. Formular ausgefüllt bei der CSC abgeben.
PK 142.04 Recyclingbetriebe	145 Euro	Ab November	1.07. - 30.06.	Der Sozialfonds schickt das Formular den Arbeitnehmern im November. Formular ausgefüllt bei der CSC abgeben.
PK 144 Landwirtschaft	145 Euro	Ab November	1.07. - 30.06.	Der Sozialfonds schickt das Formular. Formular ausgefüllt bei der CSC abgeben.
PK 145 Gartenbaubetriebe	145 Euro	Ab Dezember	1.07. - 30.06.	Wird getrennt durch das Nationalsekretariat gezahlt. Untrennbar, wenn Jahresendprämie.
PK 145.04 Park- & Gartengestaltung	145 Euro	Ab Dezember	1.07. - 30.06.	Der Sozialfonds schickt das Formular den Arbeitnehmern Anfang Dezember. Formular ausgefüllt bei der CSC abgeben.
PK 302 Hotel- & Gaststättengewerbe	145 Euro	Ab April	1.10. - 30.09. Mitglied seit 01.01.	Der Sozialfonds schickt das Formular ab dem 22. März. Ausgefüllt bei der CSC abgeben.
PK 322.01 Dienstleistungsschecks	145 Euro	Ab November	1.07. - 30.06.	Während der Referenzperiode mind. 65 gearbeitete oder gleichgestellte Tage.
CSC TRANSCOM				
PK 140.03 Transport	145 Euro	Ab Erhalt des Zahlungsdokuments	1.07.- 30.06. Mitglied sein in der Referenzperiode	Ende November schickt der Sozialfonds das Zahlungsfomular. Vollständig ausgefüllt bei der CSC abgeben.
PK 127 Brennstoffhandel	145 Euro	Ab Erhalt des Zahlungsdokuments	Zum Zeitpunkt der Zahlung Mitglied bei der CSC sein. Seit mindestens 12 Monaten ununterbrochen in einer Gewerkschaft sein.	
PK 140.05 Umzugsunternehmen	145 Euro	Ab Erhalt des Zahlungsdokuments	Zum Zeitpunkt der Zahlung Mitglied bei der CSC sein. Seit mindestens 12 Monaten ununterbrochen in einer Gewerkschaft sein. Am 30.09.22 im Sektor beschäftigt sein.	
PK 140.02 Taxis	145 Euro	Ab Erhalt des Zahlungsdokuments	Zum Zeitpunkt der Zahlung Mitglied bei der CSC sein. Seit mindestens 12 Monaten ununterbrochen in einer Gewerkschaft sein. Zwischen 1.04.22 und 30.06.22 im Sektor beschäftigt sein.	



CSC BAU-INDUSTRIE & ENERGIE

PK 116 Chemische Industrie	Max. 110 Euro + 35 Euro Festbetrag = 145 Euro	Prämie: 1.04. Festbetrag: 1.10.	1.01. - 31.12.	Alle Arbeiter des Chemiesektors erhalten zusätzlich zu der Prämie von 110 Euro im Oktober eine 2. Prämie in Höhe von 35 Euro.
PK 314 Frisöre (Arbeiter & Angestellte)	145 Euro*	Ab Dezember	1.07. - 30.06.	Formular im Dezember * je nach Anz. gearbeiteter Trimester in der Referenzperiode 36,25 Euro / Trimester
PK 130 Graphische Betriebe	132 Euro	Ab Januar	1.10. - 30.09.	Der Arbeitgeber händigt das Formular im Laufe des 4. Trimesters aus. Es muss bei der CSC abgegeben werden.
PK 327 Beschützende Werkstätten	78 Euro 39 Euro Früh- pensionierte	Ab Mitte Dezember	1.01. - 31.12.	Der Arbeitgeber händigt das Formular im Dezember aus. Die Frühpensionierten erhalten es direkt durch den Fonds.
PK 126 Möbelindustrie	145 Euro		1.07. - 30.06.	Im Betrag der Endjahresprämie einbegriffen.

CNE - ANGESTELLTENGEWERKSCHAFT

Sektor / Betriebe	Betrag	Auszahlung	Referenzjahr, Mitgliedschaft	Bedingungen / Bemerkungen
PK 202 Handel-, Filialbetriebe / Nahrungsmittel	145 Euro 72,5 Euro Teilzeit	15.06 - 30.09.	Laufendes Jahr	Formulare vom Arbeitgeber. Am 15.06. noch unter Vertrag sein. Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 207 Chemie	145 Euro	Ab März	Vorjahr	Gewerkschaftsmitglied sein und am 1.10. des Vorjahres im Sektor beschäftigt sein.
PK 209 Metall	120 Euro	1.04. - 15.07.	Ab 1.10. Vorjahr	Mindestens 1 Monat gearbeitet haben, seit Oktober Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 220 Lebensmittelindustrie	145 Euro	Ab November	Vorjahr	Betrag errechnet durch den Sektor. Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 224 Nicht-Eisensektor	120 Euro	Ab April	Laufendes Jahr	Arbeitgeber verteilt die Formulare. Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 226 Spedition, Transport	145 Euro	Ab März	Laufendes Jahr	1 Tag im Sektor gearbeitet haben, Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 330 Private Krankenhäuser	110 Euro Vollzeit 55 Euro Teilzeit	3.07. - 30.09.	Seit dem 1.10. Vorjahr	1 Monat im Sektor gearbeitet haben, Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 330 - Private Alten- und Pflegeheime DG	110 Euro Vollzeit 55 Euro Teilzeit	3.07. - 30.09.	Seit dem 1.10. Vorjahr	1 Monat im Sektor gearbeitet haben, Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 311 Fachhandel (keine Lebensmittel)	145 Euro Vollzeit 72,5 Euro Teilzeit	15.05. - 31.10.	Laufendes Jahr	Arbeitgeber verteilt die Formulare. Am 15.06. noch unter Vertrag sein. Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 312 Großwarenhäuser	145 Euro Vollzeit 72,5 Euro Teilzeit	15.05. - 31.10.	Vorjahr	Arbeitgeber verteilt die Formulare. Am 15.06. des Vorjahres noch unter Vertrag sein. Mitglied sein und Beiträge zahlen.
PK 319.02 Behindertentagesstätten und -heime in der DG	78 Euro Vollzeit 39 Euro Teilzeit	Ab Februar	Vorjahr	Im Referenzjahr beschäftigt sein, Mitglied sein.
PK 306.00 Versicherungsunternehmen	40 Euro	September bis November	Vorjahr	2021 im Sektor beschäftigt gewesen sein.
PK 318.00 Familien- und Seniorenhilfsdienste	145 Euro 115 Euro Teilzeit	Ab April	Vorjahr	Berechnung proportional zum Beschäftigungszeitraum.
PK 214 Textil	145 Euro	1. Februar	Laufendes Jahr	Am 30. Juni im Sektor beschäftigt sein und Beiträge zahlen.

WEITERE INFOS:

CSC Metea: 087 85 99 46 | acv-cscmetea.verviers@acv-csc.beCSC Nahrung & Dienste: 087 85 99 76 | alimentationetservices.verviers@acv-csc.beCNE Eupen: 087 85 99 26 | cne.eupen@acv-csc.beCSCBIE: 087 85 99 66 | BIE.LVO@acv-csc.beCSC Transcom: acv-transcom@acv-csc.be



Frankophones Unterrichtswesen

Die Gewerkschaften im frankophonen Unterrichtswesen rufen zu einem 48-stündigen Streik am 27. und 28. Januar auf. Sie protestieren gegen die Sparmaßnahmen und Reformpläne der neuen wallonischen Regierung (MR und Les Engagés). Darüber hinaus werden diverse Aktionen und Arbeitsniederlegungen in den Schulen durchgeführt, um die Lehrkräfte über die geplanten Maßnahmen zu informieren. Begleitet wird der Streik am 27. Januar von einer Großkundgebung in Brüssel. Im November und Dezember hatten die Gewerkschaften mehrere Aktionen und Streiks durchgeführt. „Jetzt ist es an der Zeit, die Proteste zu verstärken“, erklärt Roland Lahaye, Generalsekretär der CSC-Unterricht.

Mitgliedsbeiträge

Die CSC-Beiträge werden ab dem 1. Januar 2025 indiziert. Dank dieser Anpassung kann die CSC Ihre Interessen weiterhin uneingeschränkt verteidigen: gute Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, bessere Renten und Zulagen. Darüber hinaus kann die CSC auch weiterhin in ihre Dienstleistungen investieren: digitaler Schalter über www.meinecsc.be, individuelle Karrierebegleitung, maßgeschneiderte Beratung und Rechtsbeistand.

Eine Übersicht über alle unsere Mitgliedsbeiträge und alle Vorteile Ihrer Mitgliedschaft finden Sie auf www.diecsc.be/Mitgliedschaft.



Der CSC-Solubus fand großen Anklang in Kelmis

Mitte Dezember stand der Solubus der CSC - der „Bus mit Lösungen“ - auf dem Kirchplatz in Kelmis. „Viele Passanten wurden informiert und mehrere individuell im Solubus beraten. Alle waren froh, vor Ort ihre Fragen stellen und eventuell Dokumente für die Gewerkschaft abgeben zu können“, erklärt CSC-Mitarbeiterin Cindy Felten. So wurden unter anderem Fragen in Bezug auf Arbeitsvertrag, Urlaub und Lohn beantwortet. Der Solubus soll regelmäßig Station in Kelmis und in anderen ostbelgischen Gemeinden machen. Er bringt die Antworten zu Ihnen und nimmt Ihre Dokumente entgegen.

Problematik Ernennungsver- fahren Lehrkräfte

Eine Delegation der CSC Unterricht hat letzte Woche DG-Unterrichtsminister Franssen getroffen und ihm eine Unterschriftenliste des Athenäums Eupen überreicht. „Wir haben auf eine Problematik bei den Ernennungsverfahren aufmerksam gemacht. Zudem wurden verschiedene Punkte der Attraktivität im Lehrberuf und die Abänderungen des BVA-Statuts aus dem Programmdekret besprochen“, erklärt Gewerkschaftssekretär Thomas Tychon.



22.01.25: Deutsch-belgischer Sprechtag für Grenzgänger

Der Deutschland-Grenzgängerdienst der CSC nimmt regelmäßig an den deutsch-belgischen Sprechtagen für Grenzgänger teil, die vom GrenzInfoPunkt Aachen-Eurode organisiert werden. Interessierte Personen werden individuell und persönlich bei Fragen bezüglich Kranken- und Rentenversicherung, Kinder- und Elterngeld, Arbeitssuche und Arbeitsaufnahme, Steuerfragen und Umzug beraten.

Vor Ort informieren Experten des GrenzInfoPunktes, des Steuerkontrollamtes und des Finanzamtes NRW, der Krankenkassen CCK und AOK, der DRV und des Grenzgängerdienstes der CSC.

Am 22. Januar findet der nächste deutsch-belgische Sprechtag für Grenzgänger in Eupen, Gospertstraße 42, statt. Weitere Termine sind der 11. Juni und 22. Oktober 2025.

Um Terminvereinbarung unter Tel +49 241 56 86 10 wird gebeten.



© Shutterstock

Enttäuschender Klimagipfel in Baku

Im November fand in der aserbaidischen Hauptstadt Baku die 29. Weltklimakonferenz (COP29) statt. In letzter Minute wurde mühsam ein Abschlusstext verabschiedet, der von Pessimismus und Enttäuschung überschattet wurde.

Die CSC unterstreicht den Aufruf der belgischen Klimakoalition während des Gipfels: Die neuen Regierungen in Flandern und Wallonien müssen viel verbindlichere Verpflichtungen eingehen, wenn sie verhindern wollen, dass in den kommenden Jahren ein völlig unverantwortlicher Klimakurs eingeschlagen wird. Belgien hat noch zwei Monate Zeit, um einen neuen Energie- und Klimaplan vorzulegen.

Die CSC fordert alle Regierungen und somit auch die zukünftige Föderalregierung auf, dringend mehr Verantwortung zu übernehmen. Schluss mit Geschenken für Unternehmen, die die Umwelt stark belasten. Es bedarf einer Klimapolitik, die eine lebenswerte Zukunft für alle garantiert. Es müssen wesentlich mehr öffentliche Gelder bereitgestellt werden, um konkrete Klimälösungen zu suchen. Für die CSC wird die erstmalige Inanspruchnahme des belgischen Klima-Sozialfonds Anfang 2025 von entscheidender Bedeutung sein.



© Shutterstock

Die 29. Weltklimakonferenz fand letzten November in Aserbaidschan statt.

Audi und noch viele andere

Die CSC bemüht sich unermüdlich um gewerkschaftliche Fortschritte in den Unternehmen, in den Sektoren, in der Gesetzgebung und vor den Gerichten, in Belgien und in Europa. Trotz ihrer Siege, die sie immer wieder einfährt, sind die Arbeitnehmerrechte und viele Arbeitsplätze in Gefahr, wie unser Rückblick auf die zweite Jahreshälfte zeigt.

JULI-AUGUST

Audi Brüssel: Anfang Juli hatte Audi Brüssel bei einem außerordentlichen Betriebsrat eine Umstrukturierung des Werks in Forest angekündigt, in dem der Q8 e-tron hergestellt wird. Wenn keine Lösungen gefunden werden, stehen 3.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Steuer auf große Vermögen: Die CSC unterstützt die europäische Bürgerinitiative „Tax The Rich“. Die EU-Kommission wird aufgefordert, eine europäische Steuer auf große Vermögen einzuführen, um den Klima- und sozialen Wandel zu finanzieren und Ländern zu helfen, die von Klimaveränderungen betroffen sind.

Zukunft der belgischen Industrie: Während die Bedeutung der Industrie auf internationaler Ebene zunimmt, schwächtelt die belgische Industrie. Um das Blatt zu wenden, muss sich auf politischer Ebene etwas ändern.

Franchise bei Delhaize: Wie wir befürchtet hatten, sind nur wenige Monate vor dem ersten Übergang zum Franchising bereits untragbare Zustände in Bezug auf die Behandlung von Arbeitnehmern festzustellen. Die CNE setzt sich weiterhin für diese Beschäftigten ein und versucht sie zu organisieren, auch wenn dies durch das Fehlen einer Gewerkschaftsdelegation erheblich erschwert wird.

SEPTEMBER

Audi Brüssel: Bei den Audi-Mitarbeitern ist große Ernüchterung eingetreten, nachdem die Chefetage erklärt hat, dass Brüssel kein neues Modell bekommt. Dass beim Mutterkonzern VW auch Entlassungen und Werkschließungen auf dem Tisch liegen, dürfte die Position von Audi Brüssel sicherlich nicht stärken. Die Aussichten auf ein alternatives Projekt schwinden.

Massive Entlassungen bei Copeland: Anfang September kündigte die Konzernleitung des Kompressorenherstellers Copeland in Welkenraedt auf einer außerordentlichen Betriebsratssitzung an, 227 der 316 am Standort beschäftigten Mitarbeiter zu entlassen. Die Produktion soll gänzlich eingestellt werden. 89 Personen sollen noch in der Entwicklungsabteilung verbleiben.



Bei Audi bangen 3.000 Beschäftigte um ihren Job. Ende Februar soll das Werk in Brüssel geschlossen werden.

Long Covid: Etwa 130.000 Menschen in Belgien leiden unter Long Covid. Diese Krankheit beeinträchtigt alle Bereiche des sozialen Lebens der Betroffenen: Gesundheit, soziale Beziehungen, Einkommen... und auch die Arbeit. Und es gibt oft Unverständnis im eigenen Umfeld.

Inaktive Jugendliche: Die Internationale Arbeitsorganisation ist besorgt über die Zahl der 15- bis 24-Jährigen, die weder in Beschäftigung noch in allgemeiner oder beruflicher Ausbildung sind. Weltweit sind mehr als die Hälfte der jungen Arbeitnehmer in der Schattenwirtschaft beschäftigt.

Mobilitätswoche: Die Europäische Woche der Mobilität findet vom 16. bis 22. September 2024 statt. Als eine der möglichen Alternativen zum eigenen Auto wird das Car-sharing beworben, das Umwelt und Portemonnaie schont.

Europäische Arbeitnehmerrechte in Gefahr: Die Erosion der Arbeitnehmerrechte schreitet in Europa schneller voran als in jeder anderen Region der Welt. In mehr als der Hälfte der europäischen Länder wird das Tarifverhandlungsrecht verletzt und in drei Vierteln der europäischen Länder das Streikrecht.

Baufach: Stoppt die Ausbeutung in den Subunternehmerketten! Mitte September kamen über 700 Beschäftigte in Straßburg zusammen, um die EU-Institutionen zu dringenden Maßnahmen aufzufordern, um die Ausbeutung in Subunternehmerketten und bei der Vermittlung von Arbeitskräften zu beenden.



Demonstrationsrecht und Meinungsfreiheit sind in Gefahr. Das Bündnis „Recht auf Protest“ zieht vor das Verfassungsgericht.

CSC trifft DG-Regierung: Ende September hat sich die CSC Ostbelgien zu einem Gespräch mit der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft getroffen. Im Mittelpunkt des Treffens standen die Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen der aktuellen Regierungserklärung und dem Memorandum der CSC.

OKTOBER

Aktionstag in Brüssel: Rund 1.000 Sicherheits- und Reinigungskräfte sowie Beschäftigte des Hotel- und Gaststättengewerbes haben am 1. Oktober in Brüssel demonstriert. Sie forderten bessere öffentliche Aufträge in der EU, um die Löhne und Arbeitsbedingungen in ihren Sektoren zu verbessern.

Automobilindustrie in der Krise: Der Audi-Standort in Brüssel wird wahrscheinlich zusammen mit Ford Genk, Opel Antwerpen und Renault Vilvoorde auf die traurige Liste der geschlossenen Autofabriken gesetzt. Für die Montage von Pkw in Belgien bleibt derzeit nur noch Volvo in Gent übrig.

Einsparungen beim DG-Personal: Beim DG-Personal sollen 4,5 Millionen Euro eingespart werden. Zunächst war die Rede von einem doppelten Indexsprung, ein Szenario, das aber abgewendet werden konnte. Nun liegt die Kürzung der Jahresendprämie auf dem Tisch.

Flexi-Jobs: Mit seiner Flexibilität und dem Bruttonettohlohn spricht der Flexi-Job viele Arbeitnehmer an. Diese Form der Beschäftigung ist jedoch äußerst gefährlich: Sie schafft einen Riss in allem, was der Arbeitsmarkt noch an Kollektivem aufbieten kann.

Burnout-Gefahr bei jedem dritten Arbeiter: Die Burnout-Gefahr für Arbeiter nimmt zu. Das geht aus einer Studie des Sozialsekretariats Securex hervor. Demnach ist das Burnout-Risiko bei den 30 bis 39-Jährigen am höchsten. Ein deutlicher Anstieg wurde auch bei den jungen Mittfünfzigern festgestellt.

„Null-Stunden“-Verträge: Zwischen den Zeilen des Koalitionsentwurfes von Regierungsbildner Bart de Wever

kann man lesen, dass er die Tür für die berüchtigten „Null-Stunden“-Verträge öffnet. Doch andere Länder, in denen es diese Regelung gibt, wollen sie so schnell wie möglich wieder abschaffen.

Internationaler Tag der Armutsbekämpfung am 17. Oktober: Die Gefahr ist groß, dass ein auf zwei Jahre begrenztes Arbeitslosengeld die Arbeitslosenversicherung ersetzt. Diese Maßnahme gründet auf einem falschen Bild der Arbeitslosen, auf das die CSC anlässlich dieses Tages aufmerksam macht.

Subunternehmen auf Baustellen: Eine Studie des Institutes für Arbeit der KU Leuven (Hiva) listet zum ersten Mal die Anzahl der im Bausektor tätigen Subunternehmer in Belgien sowie deren Herkunftsländer auf. Komplexe Zulieferstrukturen begünstigen Sozialdumping und Gefahrensituationen auf Baustellen.

Bündnis „Recht auf Protest“: Dieses Bündnis zieht vor das Verfassungsgericht, weil es das Demonstrationsrecht und die Meinungsfreiheit in Belgien in Gefahr sieht. Das Föderalparlament hatte vergangenen Februar den Weg geebnet, damit das „Vergehen des böswilligen Angriffs auf die Staatsgewalt“ unter Strafe gestellt werden kann.

Lohnindexierungen: Nachdem im September drei paritätische Kommissionen (202, 216 und 310) von einer Lohnindexierung zwischen 0,60 % und 1,21 % profitierten, werden ab Oktober die Löhne der Arbeitnehmer im selbstständigen Einzelhandel (PK 201), in mittleren Lebensmittelunternehmen (PK 202.01), in der chemischen Industrie (PK 207) und in Kaufhäusern (PK 312) um 2 % erhöht. Die Lohnindexierung der Angestellten der Konfektions- und Bekleidungsindustrie (PK 215) erreicht 1,90 %.

Delhaize-Franchising: Der Abbau von Arbeitsplätzen hat begonnen. Von den etwa 4.300 Beschäftigten in Brüssel und Wallonien sind bereits 450 weg. Beim derzeitigen Tempo werden in vier oder fünf Jahren Tausende von Arbeitsplätzen verschwunden sein, ohne dass Ahold Delhaize auch nur einen einzigen Euro an Abfindungen ausgegeben hat.

CSC-Nationalkongress: Rund 1.000 Menschen, darunter mehr als 700 CSC-Militanten und Gewerkschaftssekretäre, versammelten sich am 17. und 18. Oktober in Brügge, um gemeinsam die Prioritäten der CSC für die nächsten vier Jahre festzulegen.

Generationenkonflikt oder Erfolgsteam? Unter diesem Motto fand in der CSC in Eupen ein inspirierender Themenabend des Regionalkomitees Eupen - Sankt Vith statt. Dabei erkundeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Vielfalt der Generationen.

Sicherheitspersonal fordert bessere Arbeitsbedingungen: Mehr als 500 Delegierte aus der Bewachungsbranche haben sich am 22. Oktober vor den Räumlichkeiten des belgischen Unternehmerverbands FEB versammelt, um ihrer steigenden Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen. Ihr Ärger ist auf die schlechten Arbeitsbedingungen und den mangelnden Respekt zurückzuführen.

NOVEMBER

Audi Brüssel: Am 28. Februar 2025 soll in Forest der letzte Audi vom Band rollen. 3.000 Beschäftigte bangen um ihren Job, wenn bis dahin kein potentieller Investor gefunden werden sollte. Vergessen werden dabei die Mitarbeiter der Audi-Zulieferer. Seit über zwei Monaten kampieren Leiharbeiter und Beschäftigte der Zulieferfirmen vor dem Audi-Werk, um einen fairen Sozialplan für alle zu fordern.

Einsparungen beim DG-Personal: Die CSC Unterricht und die CSC Öffentliche Dienste haben in ihren Instanzen eine breite Konsultation ihrer Mitglieder zu den geplanten Sparmaßnahmen der DG durchgeführt. Die verhandelte Aussetzung des variablen Teils der Jahresendprämie wurde den Mitgliedern zur Abstimmung vorgelegt und von einer Mehrheit akzeptiert.

Die CSC verteilte ihre „Arizona-Zeitung“, in der sie Forderungen von rund tausend Bürgern zusammenfasste.



Das Vertrauen bei Audi ist weg: Bei den Verhandlungen eines Sozialplans gipfelte die arrogante Haltung der Audi-Direktion in einem gewaltsamen Einsatz der Polizei. Mitarbeiter und Gewerkschaften sind empört und beklagen auch das Schweigen der Politiker nach diesem Vorfall.

Kundgebung im nicht-kommerziellen Sektor: Mehr als 30.000 Krankenpfleger, Pflegeheimpersonal, Sozialarbeiter, Lehrer, Beamte, Künstler und Beschäftigte von Beschützenden Werkstätten sind in Brüssel auf die Straße gegangen, um den derzeitigen und künftigen Regierungen lautstark ihre Zukunftssorgen mitzuteilen. Die finanziellen und menschlichen Arbeitsbedingungen verschlechtern sich so sehr, dass sie nicht mehr in der Lage sind, eine angemessene Dienstleistung zu erbringen.

Arizona-Zeitung: Die CSC hat die Sorgen und Forderungen von rund tausend Bürgerinnen und Bürgern erfasst und in einer Zeitung zusammengefasst, die darlegt, was wir von der „Arizona-Koalition“ erwarten.

Förderung menschenwürdiger Arbeit in der Baustoffindustrie: Bei einem ersten von der Internationalen Arbeitsorganisation organisierten außerordentlichen Treffen kamen Regierungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen, um sich auf eine Reihe konkreter Maßnahmen für die Zukunft der Industrie zu einigen, um das Wirtschaftswachstum mit ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit ins Gleichgewicht zu bringen.

Geschlechtsspezifische Gewalt: Am 24. November nahmen viele CSC-Militanten an der Nationalkundgebung „Stoppt Gewalt gegen Frauen“ teil, um an die Dringlichkeit einer transversalen Politik auf allen Machtebenen in Belgien zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt zu erinnern.

Aktion in Malmedy: Das Kollektiv „Weißes Band“, dem auch die CSC angehört, führt jeweils am 25. November, dem internationalen Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen, eine Aktion in Malmedy durch. Rote Frauenschuhe, die mit den Namen der ermordeten Frauen versehen waren, bezeugten die bisher 20 Femizide in diesem Jahr in Belgien.

Lehrerstreik: Am 26. November haben die Lehrer des frankophonen Unterrichtswesens gestreikt, um gegen die geplanten Sparmaßnahmen und das Ende der Ernennungen zu protestieren.

DEZEMBER

Haushaltshilfen: Anfang Dezember hatten CSC und FGFB bei der Föderalen Agentur für Berufsrisiken (Fedris) 120 Anträge von Haushaltshilfen eingereicht. Die Gewerkschaften fordern, dass Muskel-Skelett-Erkrankungen als Berufskrankheiten anerkannt werden.

Klage für Mindestrente: Acht Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter die drei belgischen Gewerkschaften und das belgische Netzwerk zur Armutsbekämpfung, haben beim Verfassungsgericht Klage gegen die strengeren Bedingungen für den Zugang zur Mindestrente eingereicht, die vor allem Frauen betreffen.

Thales: Die Thales-Gruppe kündigt Umstrukturierungen und Entlassungen an. Von den rund 3.000 Arbeitsplätzen in Europa (davon 632 in Charleroi, Hasselt und Löwen) sollen rund 1.300 abgebaut werden, davon 115 in Belgien. Die Direktion will mit betriebsexternen Mitarbeitern (Leiharbeitnehmern und Zulieferern) weiter arbeiten und gleichzeitig 120 eigene Beschäftigte zu inakzeptablen Bedingungen entlassen.

LKQ-Personal ist wütend: Trotz guter Finanzlage kündigte das in Autoteilen spezialisierte Unternehmen LKQ eine Umstrukturierung und die Entlassung von 266 Arbeitnehmern an. Die schwierigen Verhandlungen des Sozialplans wurden noch durch Provokationen der Direktion angeheizt.

Delhaize: Verfassungsgericht gibt uns Recht. Während des Delhaize-Konflikts gaben einige Richter den (mehr als 30) Anträgen der Geschäftsleitung des multinationalen Konzerns statt, um den von Arbeitnehmern eingerichteten Streikposten ein Ende zu bereiten. Dank eines kürzlich ergangenen Urteils des Verfassungsgerichts wird dies künftig nicht mehr möglich sein. Dank dieses Urteils wird kein Richter mehr einseitige Anträge gegen die friedliche Ausübung des Streikrechts akzeptieren können, vor allem nicht in den vielen noch laufenden Gerichtsverfahren.

Klage gegen Uber (Eats): 16 ehemalige Mitarbeiter von Uber Eats haben Klage gegen ihren früheren Arbeitgeber beim Gericht erster Instanz in Brüssel eingereicht. Die Mitarbeiter waren als Lieferanten für Uber Eats tätig. Einige von ihnen wurden von einem Tag auf den anderen - und ohne jegliche Erklärung - von der Plattform abgemeldet und daran gehindert, weiter für das Unternehmen zu arbeiten.

Gier der Unternehmen: Laut einer vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) durchgeführten Analyse von EU-Daten schaden Unternehmen der Wettbewerbsfähigkeit Europas, indem sie einen größeren Teil ihrer Gewinne horten, statt sie in die Steigerung der Produktivität und die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen zu reinvestieren.

Aktion in Gemeinschaftsfront: Am 13. Dezember protestierten die Gewerkschaften gegen die Pläne der Arizona-Regierung, wobei der Schwerpunkt auf der Besteuerung lag. Diese muss dringend überarbeitet werden, um die Last von der Arbeit auf das Kapital zu verlagern.

Barry Callebaut: Zehn Monate haben die Verhandlungen bei Barry Callebaut in Halle bei Brüssel gedauert. Dank des Engagements und der Entschlossenheit der Gewerkschaften ist es gelungen, die Zahl der Entlassungen deutlich zu senken.

DG: Zusätzliches Schulden-Paket von 142,5 Millionen Euro: Die Vorauszahlung der Gemeindedotation für die Jahre 2025 bis 2031 wird vollständig durch neue Schulden finanziert. Während der Haushalt kurzfristig künstlich entlastet wird, birgt die Entscheidung langfristig erhebliche Risiken für die finanzielle Stabilität und die soziale Gerechtigkeit. Die CSC ist bereit, konstruktiv an Alternativen mitzuarbeiten.

Audi Brüssel: Die Gewerkschaften und das Management konnten sich nicht auf einen Sozialplan einigen. Das Unternehmen plant jetzt, direkt mit den Mitarbeitern Abfindungen zu vereinbaren. Das ist aber weniger als das, was andere Autohersteller und Zulieferer im Falle einer Schließung anbieten. Ende Februar 2025 soll das Audi-Werk in der Brüsseler Gemeinde Forest geschlossen werden.

Die Gewerkschaften protestieren gegen die Pläne der Arizona-Regierung. Eine erste Kundgebung fand am 13. Dezember statt.



Für einen würdigen Ruhestand und eine gerechtere Gesellschaft



Renten sind das Ergebnis eines sozialen Generationenvertrages. Unsere Generation finanziert die Renten unserer Eltern. Mit viel Geduld haben wir die Renten, die zu den niedrigsten in Europa gehörten, angehoben. Drei Milliarden Einsparungen auf Kosten der Renten! Dies scheint das Ziel der Parteien der zukünftigen Arizona-Regierung zu sein. In Bezug auf den öffentlichen Dienst will diese Arizona-Regierung nicht nur die Laufbahn und die Höhe der Rente, sondern auch das Verteilungssystem unter den Rentnern verändern. Das ist völlig inakzeptabel.

Das Rentenalter wurde schon auf 66 Jahre angehoben, ohne dass es für schwere Berufe irgendwelche Alternativen gibt. Wollen wir so denjenigen danken, die ihr Leben dem Wohlergehen unserer Gesellschaft gewidmet haben? Unsere Forderungen sind klar: anständige Renten, menschenwürdige Arbeitsbedingungen während des gesamten Berufslebens und die Anerkennung der Schwere bestimmter Tätigkeiten. Wir fordern außerdem, dass die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber den Bedürfnissen entsprechen

und das Ende von ungerechtfertigten Steuergeschenken für Unternehmen.

Es muss dringend ein System aufgebaut werden, in dem der Mensch wichtiger ist als Profit, ein System, in dem jeder in Würde alt werden kann. Jede Geste zählt und jede Stimme ist wichtig. Junge und alte Menschen, alle haben eine Rolle zu spielen. Dieser Kampf geht über unsere Generationen hinaus und definiert die Werte unserer Gesellschaft.

Die Kundgebung vom 13. Januar war nicht nur ein Aktionstag, sondern auch eine eindrucksvolle Aussage der Einheit und Entschlossenheit. Gemeinsam haben wir an die absolute Notwendigkeit einer Gesellschaft erinnert, die ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anerkennt.

Lasst uns weiter aktiv bleiben, um starke soziale Rechte und eine gerechte Zukunft für alle zu garantieren!

Marie-Hélène Ska
CSC-Generalsekretärin

